

Antrag-Nr.: 1
zu TOP: 8
Rasterpkt.: Allg. Gespol.

A N T R A G

zur Hauptversammlung vom 6. bis 8. Oktober 2011 in Karlsruhe

Antragsteller: Bundesvorstand (im Einvernehmen mit dem EV)

Landesverband:

Headline: Prämienfinanzierung der Zahnheilkunde jetzt

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar):

Wortlaut des Antrages:

- 1 Die HV des FVDZ fordert den Gesetzgeber auf, die Finanzierung der zahnmedizinischen
2 Versorgung der gesetzlich Versicherten noch in dieser Legislaturperiode von
3 der Umlage- auf Prämienfinanzierung umzustellen.
4 Die Pflichtversicherung muss durch eine Pflicht zur Versicherung ersetzt werden.
5 Hierzu müssen die bisherigen Regelungen der gesetzlichen Krankenversicherung
6 überwunden und durch ein Versicherungssystem mit einkommensunabhängigen
7 Prämien und steuerfinanziertem Sozialausgleich ersetzt werden.
8 Die Sachleistung wird durch Direktabrechnung mit Kostenerstattung ersetzt.
9 Der allgemeine Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung muss um den
10 bisherigen Anteil des Versorgungsbereichs Zahnmedizin gesenkt werden.

11

Begründung:

13 *Der mit dem GKV-FinG zum 1. Januar 2011 eingeführte sog. Zusatzbeitrag mit steuerfinanziertem Sozialausgleich ist von seiner Ausgestaltung her nicht geeignet, die grundlegenden Finanzierungsprobleme der GKV zu lösen.*

16 *Der FVDZ hat mit dem Modell der kleinen Zahnprämie ein solide gerechnetes und praktizierbares Modell einer sektoralen Prämienfinanzierung vorgelegt.*

18 *Das Problem höherer Kosten durch Multimorbidität im Alter besteht im Bereich der Zahnheilkunde nicht. Somit bleibt dieses Modell unabhängig von der demographischen Entwicklung auch langfristig finanzierbar.*

20

Abstimmung: bei großer Mehrheit und 5 Gegenstimmen angenommen